

# Riesauer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tagesblatt Riesa.  
Fernruf Nr. 20.

Das Riesauer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postfachkonto: Dresden 1534  
Giesstraße Riesa Nr. 52.

Nr. 285.

Sonnabend, 6. Dezember 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Noten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Ausgetreten für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 3. vom ersten, 4. vom zweiten Grundpreis, je 6 Blättern, 25 Gold-Pfennige; die 20. vom dritten, je 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Kurzfatz, feste Tarife. Familienrabatt nicht, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontour gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtzellige Unterhaltungsbeilage „Zähler an der Elbe“ — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Wieder- oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Giesstraße 52. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

## Du hast zu wählen . . . . !

Ein doppelter Sinn liegt in dem Satz: Du hast zu wählen. Ein Imperativ und eine Feststellung. Und in diesem zweifachen Sinne soll sich heute jeder Deutsche die Worte vor Augen halten: Du hast zu wählen! Die Ausübung des Wahlrechts ist Pflicht, wie jede Teilnahme an den öffentlichen Dingen Pflicht für den ist, der einem Staate angehört, seinen Schutz genießt und seine Einrichtungen benutzt. Eine besondere Wahlpflicht liegt noch für alle die vor, denen irgend etwas an den heutigen Zuständen nicht gefällt — und wenn gefielen sie restlos? Jedenfalls wird keiner, der nicht gewählt hat, nachher den Mund aufstun dürfen, um zu rasonieren. In der Zeit des konstitutionellen Systems konnte man noch eher sagen — die Regierung tut doch, was sie will. Heute aber wählst du die neue Regierung! Ist das wirklich schon jedem klar?

Das Proportionalstimmrecht, so wie es jetzt bei uns eingeführt ist, hat manche Fehler. Aber das Eine muß man ihm lassen: es bringt jede Stimme zur Geltung. Wenigstens jede, die für eine der großen Parteien abgegeben wird. Wer so wählt, ist eine Riste von den sinnlosen kleinen Zetteln anzukreuzen, dessen Votum fällt allerdings mit Recht in den Papierkorb. Die Stimmen für die wirklichen Parteien aber werden, soweit sie für die Wahl von Kandidaten in den Kreisen nicht mehr nötig sind, gesammelt in den Verbänden und dann bei den Reichs- oder Landeswahlen. Und so kann eine Stimme einen Abgeordneten mehr schaffen. Es gab auch Zeiten, wo die Mehrheitsverhältnisse im Reichstag oder in den Landtagen so sicher waren, daß die Nichtbeteiligung eines Einzelnen an der Wahl entschuldbar scheinen konnte. Wie liegen aber heute die Dinge? Das Charakteristikum der Gegenwart ist die Unsicherheit der Mehrheitsverhältnisse in allen Volksvertretungen. Der Linksturm ist vorüber; der Rechtsruck war nicht so stark, daß er zu festen Mehrheiten der Rechten hätte führen können; die zusammengeschmolzene Mitte beginnt sich wieder auszudehnen. Die Unmöglichkeit, eine feste oder zuverlässige Regierungskoalition zu bilden, hat nicht nur den letzten Reichstag, sondern auch manches Einzelparlament zu Fall gebracht. Und da kommt es meist auf ein paar Abgeordnete an, die einer unsicheren Majorität fehlen, um sie als geeignete Basis für eine Regierungsbildung erscheinen zu lassen. So kannst du mit deiner Stimme vielleicht nicht nur die Zahl für einen weiteren Vertreter deiner Partei voll machen, sondern sogar dadurch eine andere Mehrheits- und Regierungsbildung ermöglichen. Darum nochmals: Du hast zu wählen!

Wir sind schon hineingeraten in den anderen Sinn des Satzes. Du hast zu wählen, was dir gefahren soll. Es wird nicht von einem unabwendbaren Schicksal auf euch herabgeschickt, sondern es ist in deine Hand gegeben. Wählst du daß im Reich alles drunter und drüber gehe? Dann wähle kommunistisch. Wählst du, daß du von andern regiert wirst, als von Leuten deines Vertrauens? Dann gib den Nationalsozialisten oder den Kommunisten deine Stimme, denn die wollen ja nicht mitregieren. Sie wollen nur Rabau machen. Hast du Freude gehabt an der sozialistischen Zwangswirtschaft, am Verfall des Beamtenstandes, an Streiks in öffentlichen Betrieben — gut, dann kreuze die Liste 1 an. Glaubst du, mit deutschem Pazifismus die Rüstungen der Welt ringsum zu überwinden, dann such dir einen Sozialdemokraten aus. Aber wenn du auf alle diese Fragen mit Nein antwortest, so hast du immer noch die Wahl zwischen mehreren

Parteien, die ebenfalls alles das nicht wollen. Wirklich: Du kannst dir wählen, was du für dein Vaterland und für dich selbst dir wünschst. Die Qual der Entscheidung ist dann nicht mehr groß, wenn du über die Vorfagen dir im Klaren bist. Du hast zu wählen zwischen Utopie und Wirklichkeit, du hast zu wählen zwischen Welt und Vaterland, du hast zu wählen zwischen Wirrwarr und Klarsicht.

Du kannst wählen — deshalb mußt du wählen!

### Warnung vor Parteizersplitterung!

(Berlin. (Amtlich).) Die Reichsregierung hat bereits in ihrem Wahlaufruf vom 21. Oktober vor der Parteizersplitterung gewarnt. „Nicht in der Zersplitterung liegt das Heil, sondern im Streben um Ganges und zur Einheit.“ Gleichwohl haben auch für die Dezemberwahlen wieder viele kleine und kleinste Sondergruppen eigene Wahlvorschläge eingereicht.

Um ein Mandat zu erhalten, müssen auf einen Wahlvorschlag mindestens 60 000 Stimmen entfallen. Durch Zusammenrechnung der Mehrstimmen in den Wahlkreisen können ein Mandat nur zugeteilt werden, wenn wenigstens einer der verbundenen Wahlvorschläge mindestens 30 000 Stimmen erhalten hat. Einem Reichswahlvorschlag kann höchstens die gleiche Zahl von Mandaten zugeteilt werden, die auf die ihm angeschlossenen Kreiswahlvorschläge entfallen sind. Diese Vorschriften des Reichswahlgesetzes sollen bewirkt die Bildung von Zweigparteien erschweren. Bei der letzten Wahl sind 842 206 Stimmen, die für Zweigparteien abgegeben wurden, ohne Einfluß auf die Zusammenlegung des Reichstages geblieben. Die Wähler haben also nichts erreicht, als daß ihre Stimmen bei dem Wahlergebnis vollständig ausfielen.

### Der Reichskanzler mahnt vor Zersplitterung.

(Karlsruhe. Der Reichskanzler Marx erklärte in seiner gestern hier gehaltenen Rede u. a.: Wer das Wahlrecht hat, hat auch die Pflicht vernünftig von diesem Recht Gebrauch zu machen. Unvernünftig ist es aber, seine Stimme irgendeiner neuen kleinen Partei zu geben, die in dem neuen Reichstage gar nicht zur Geltung kommen kann. Das deutsche Volk braucht einen Reichstag, der die Regierung in der konsequenten Fortführung der bisherigen auswärtigen Politik unterstützt, die eine Politik der friedlichen Verständigung war und bleiben muß, einen Reichstag, der nicht zu außenpolitischen Experimenten drängt, die uns von neuem um das Vertrauen des Auslandes bringe, einen Reichstag, der die Interessen des in unheiliger Schicksalsgemeinschaft mit dem ganzen Deutschen Reiche verbundenen besetzten Gebiets gleichmäßig vertritt, da es nie wieder zu einer Reparationsprovinz werden darf, der die steuerlichen Lasten gerecht verteilt durch Schonung der Schwachen und Heranziehung der Starken im Rahmen des Erträglichsten, der unsere Sozialpolitik fortführt und, soweit in seinen Kräften steht, den Frieden zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, den Ausgleich zwischen den kleinbar widerstehenden Interessen von Stadt und Land erstrebt, der durch eine Handelspolitik auch den Wirtschaftsfrieden zwischen den Nationen fördert und dadurch zugleich der nationalen Wirtschaft zu neuer Blüte verhilft.

### Der erste Erlös der Danvesanleihe.

New York. (Zuspruch.) Gold im Betrage von 5 Millionen Dollar ist vom Bankhaus Morgan & Comp. nach Deutschland als ein Teil des Ertrages aus der deutschen Anleihe abgehandelt worden. Es verlautet, daß die deutsche Reichsbank sich entschlossen hat, etwa die Hälfte des Ertrages der Anleihe abzugeben.

### Deutschland und Sowjetrußland.

Berlin, 6. Dezember. Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, nimmt neuerdings die russische Sowjetregierung gegenüber Deutschland eine ziemlich mißtrauische Haltung ein, indem sie durch ihre offizielle Presse die Vermutung aussprechen läßt, die deutsche Regierung wäre

bereit, unter dem Einfluß der neuen englischen konservativen Regierung eine sowjetfeindliche Außenpolitik zu treiben. In den Berliner außenpolitischen Kreisen erklärt man jedoch hierzu, daß die deutsche Außenpolitik gegenüber Rußland vollkommen unabhängig von den Ländern der Entente geführt wird und daß die deutsche Regierung, die auf die Aufrechterhaltung der Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland den größten Wert legt, sich durch keinerlei ausländische Einflüsse dazu veranlaßt sehen würde, eine rußlandfeindliche Politik zu treiben. Ob die bevorstehenden Verhandlungen zwischen Rußland und Frankreich im Zusammenhang mit den in Moskau verbreiteten deutschfeindlichen Tendenzen stehen, läßt sich natürlich von Berlin aus nicht übersehen.

### Dr. Held über die Wahlen.

München. Im Rahmen der letzten großen Versammlungen der Bayerischen Volkspartei vor den Wahlen sprach am Freitag abend Ministerpräsident Dr. Held. Er sagte unter anderem: Die Fragestellung am Wahltag sei klar und eindeutig. Es handele sich darum, ob nach bürgerlichen oder sozialistischen Staatsgrundsätzen regiert werden solle. Wir wüßten jeden bemitleiden, der noch irgend eine Hoffnung auf die Sozialdemokratie setzt. Wer das deutsche Volk zu Freiheit und Recht führen will, diese auch nicht grundsätzlich basist sein. Alle politischen Parteien seien verpflichtet, alles zu tun, daß das auf der Kriegsschuldbüße aufgebaute Verfallene Volk gerettet wird. Unsere nationale Würde verbiete es, in den Völkerverbund, wie er derzeit ist, einzutreten. Die nationale Würde habe auch nicht immer von der deutschen Regierung genügend Beachtung gefunden. Für die Wirtlichkeit müsse der Grundsatze gelten: **Gemeinsam leiden, gemeinsam dulden und gemeinsam aufbauen.** In der Aufwertungsfrage gebe es nicht nur ein moralisches Recht, der Staat habe auch die gesetzliche Pflicht, je nach seiner wirtschaftlichen Kräftigung in der Aufwertungsfrage fortzuschreiten. Ueber die Bedeutung der Reichstagswahlen für den bayerischen Staat sagte der Redner: „daß der Staat nach der Geschichte wie jede Eigenart auch ein selbständiges Recht hätte. Auf der Grundlage der Souveränität der Einzelstaaten müsse Deutschland sein Leben auch wieder aufbauen.“

### Der allgemeine Beamtenabbau vor dem Ende.

Berlin. Am 4. und 5. Dezember 1924 haben im Reichsfinanzministerium Verhandlungen stattgefunden in denen die seit längerer Zeit schwebenden Erörterungen des Reichsfinanzministeriums über die Aufhebung der Abwärtartikel der Personalabbauverordnung zu einem gewissen Abschluß gelangt sind. Nach dem Ergebnis dieser Besprechungen beabsichtigt die Reichsregierung, dem neuen Reichstag unverzüglich ein Gesetz vorzulegen, das die Anwendung der Artikel 3 und 15 der Personalabbauverordnung nur noch in solchen Verwaltungen vorzieht, die durch ein besonderes neues Gesetz zu Abbauverordnungen erklärt werden. Damit wird der Artikel 3 der Personalabbauverordnung, der die Grundlage für den Abbau der Beamten bildet, grundsätzlich außer Wirksamkeit gesetzt, so daß nach dem Inkrafttreten des Gesetzes ein allgemeiner Abbau von Beamten nicht mehr möglich ist. Zu Gunsten der Angestellten bedeutet die beabsichtigte Regelung den Beginn der allgemeinen gesetzlichen Entlassungsverpflichtung und somit die Wiedereinführung der durch das Betriebsrätegesetz gewährten Schutzbestimmungen.

### Schwedisches Liebeswerk im Ruhrgebiet.

Nach der Uebergabe der Regiebahnen an die Deutsche Reichsbahn kehrt nunmehr Frau Baronin Linder, nachdem sie 20 Monate hindurch im Ruhrgebiet für die Nothilfe der Armen überaus segensreich tätig war, in ihre schwedische Heimat zurück. Die Baronin Linder hat seit Anfang Februar 1923 mit den großen Mitteln der Schwedenhilfe ein großzügiges Unterstützungsnetz durchgeföhrt und hat dadurch mit dazu beigetragen, die schlimmste Not während der Besetzung des Ruhrgebietes erfolgreich zu lindern. Vor allem galt ihre Sorge den Waisenkindern und Kinderheimen. Auch im unbefestigten Gebiet unterstützte sie sechs Kinder- und sechs Jugenderholungsheime, in denen Kinder und Jugendliche aus dem befestigten Gebiet Aufnahme gefunden hatten. Weiterhin unterstützte die Baronin Linder im befestigten Gebiet Pflichten für Kriegshinterbliebene, in denen die aus Schweden gelandeten Nothilfeempfänger und gearbeitet wurden. Die schwedische Nothilfeorganisation hat sich weiterhin der Mittelländische erfolgreich angenommen, und sie hat im besonderen den politischen Gefangenen Hilfe und Unterstützung gebracht. Bei schweren Strafmagnahmen ist Baronin Linder persönlich bei den schwebenden Vernehmungen für die deutschen Verurteilten eingetreten. Vorher hatte die Baronin Linder schon jahrelange Hilfsstätigkeit für die deutschen Gefangenen in England geleistet. Der Dank der Bevölkerung des Ruhrgebietes und der Dank des deutschen Volkes gilt der tapfern, gütigen Schwedin, der Schwedenhilfe und den schwedischen Heimatlande der Baronin Linder.

### Die Haltung Englands zur Räumungsfrage.

Berlin, 6. Dezember. Im Berliner Auswärtigen Amt liegen zur Zeit sehr interessante Nachrichten über die Haltung Englands zu der Frage der Räumung der Kölner Zone und des Ruhrgebietes vor. Danach hat die englische Regierung den Wunsch, daß die militärische Räumung des Ruhrgebietes mit größter Beschleunigung durchgeführt wird. In Verfolg ihrer Haltung zu der Frage der Ruhroperationen stellt sie sich auf den Standpunkt, daß nach der Annahme der Londoner Abmachungen durch Deutschland die endgültige militärische Räumung des Ruhrgebietes unbedingt erfolgen muß, um Deutschland in die Lage zu versetzen, seinen Verpflichtungen nachzukommen. Die englische Regierung ist bereit, die Wünsche Frankreichs hinsichtlich einer kurzen Besetzung der Räumung der Kölner Zone zu berücksichtigen, unter der Voraussetzung, daß England seine Besatzungstruppen nach Coblenz verlegen kann.

**Radeberger Pilsner, das bevorzugte echte deutsche Pilsner. übertrifft alle Tschechenbiere. Vertreter: R. Schwade. Riesa Fernruf 49**